

Quelle Westdeutsche Allgemeine WAZ vom 13. 09. 2008
Seite 10
Ressort Mantel Wirtschaft
Rubrik WAZ Essen ohne Stadtteile
Autor Foto: ddp |
Copyright Westdeutsche Allgemeine Zeitungsverlagsgesellschaft E. Brost & J. Funke GmbH u. Co. KG

"Beck war für die Menschen da"

Der mächtigste Gewerkschafter Deutschlands über Gerechtigkeit, die Agenda 2010 und "Moses" Müntefering. Zur Linken spürt Huber keine besondere Nähe, dafür lobt er die CDU. Die SPD müsse sich ihrer Herkunft besinnen

Herr Huber, Sie sind ein großer Kritiker der Agenda 2010. Hat sie nicht neue Arbeitsplätze und damit auch Ihnen neue Mitglieder gebracht?

Huber: Die Agenda hat Arbeitsplätze geschaffen? Die Metallindustrie hat Arbeitsplätze geschaffen, was hat die Politik damit zu tun? Nichts! Die Agenda 2010 hat viele Menschen in Armut gestürzt. Ich war in Arbeitslosen-Kreisen, wo Leute berichtet haben, dass sie ihre gesamten Ersparnisse hergeben mussten. Es ist jenseits der Würde dieser Menschen, als Bittsteller vor dem Sozialamt zu stehen.

Nun wird mit Franz Müntefering ausgerechnet der "Moses der Agenda", wie ihn Ex-Kanzler Schröder einmal genannt hat, SPD-Chef. Das muss ein Schock für Sie sein.

Huber: Moses war, soweit ich weiß, kein Prophet, oder?

Hoffen Sie, dass Müntefering künftig nicht mehr so eisern an der Agenda 2010 festhält?

Huber: Das weiß ich nicht. Ich werde mich aber bald mit ihm treffen. Die Agenda hat zu einem Abbau von Rechten und Leistungen für Arbeitnehmer geführt. Mehr noch: Sie gibt keine Antworten auf die Fragen der Zukunft. Politik muss sich um das kümmern, was die Leute bewegt und bedrückt.

Kurt Beck hat Teile der Agenda zurückgenommen. Jetzt ist er weg.

Huber: Für Beck war die Agenda nicht die Tafel der zehn Gebote. Er war und er ist bereit, die Themen der Menschen aufzunehmen. Ich bedaure seinen Rücktritt ausdrücklich. Beide Volksparteien müssen sich den Themen der sozialen Gerechtigkeit stellen. Die Union stellt sich in Teilen dieser Frage.

In NRW empfiehlt die CDU sogar den Eintritt in die Gewerkschaften und wirbt dafür, dass Gewerkschaftsmitglieder mehr Lohn erhalten.

Huber: Wir freuen uns über das Bekenntnis zur Tarifautonomie. Es ist interessant zu sehen, wie gewerkschaftliche Strategien von Parteien aufgegriffen werden. Besserstellung von Mitgliedern in Tarifverträgen gibt es bereits. Das machen wir schon. Es ist gut, wenn Politik uns unterstützt.

Wann wird die IG Metall wieder eine Wahlempfehlung aussprechen, und für wen?

Huber: Das kann ich so nicht beantworten. 2009 wird es aber mit Sicherheit keine Empfehlung geben.

Die meisten Gemeinsamkeiten haben Sie mit der Linken.

Huber: Ich bin und bleibe SPD-Mitglied. Aber die SPD muss sich wieder ihrer Herkunft bewusst werden und Arbeitnehmerinteressen vertreten. Dass ich eine besondere Nähe zur Linken hätte, kann ich nicht sagen. Die IG Metall lässt sich nicht instrumentalisieren.

Wie sollte die SPD mit der Linken umgehen?

Huber: Ich will der SPD keine Ratschläge geben. Der Sinn unserer Demokratie liegt aber nicht in Großen Koalitionen. Die SPD darf sich nicht mit der Rolle als Juniorpartner zufrieden geben.

In NRW haben Gewerkschafter die Linke aufgebaut.

Huber: Die IG Metall ist eine Einheitsgewerkschaft. Soll ich sagen, ich will euch nicht mehr als Mitglieder? Wir haben viel Toleranz und Geduld aber auch eine klare Linie.

Welche Reformen fordern Sie von der nächsten Regierung?

Huber: Eine Regulierung der Leiharbeit. Sie wird zunehmend zum Angriff auf normale Arbeitsplätze. Zweitens muss der Mindestlohn kommen. Es ist scheinheilig zu sagen, das sei Sache der Tarifpartner. In vielen Bereichen verabschieden sich Arbeitgeber einfach vom Flächentarif. Außerdem muss es eine Alterssicherung geben. Wir haben eine Altersteilzeit gemacht, die Politik drückt sich da. Der mächtigste Gewerkschafter Deutschlands: IG-Metall-Chef Berthold Huber. Foto: ddp